

«Dann sterben die Zeitungen früher»

Verleger Peter Wanner erklärt, warum es staatliche Hilfe für die Medien braucht. Die Unabhängigkeit der Redaktionen sei gewährleistet.

Interview: Francesco Benini

Warum soll der Bund die Medien mit 100 Millionen Franken zusätzlich pro Jahr aus dem Staatshaushalt unterstützen? Dazu kämen künftig 51 Millionen für private elektronische Medien aus der Haushaltsabgabe.

Peter Wanner: Die Schweizer Medien haben in den vergangenen zehn Jahren rund 1,5 Milliarden Franken Werbeeinnahmen verloren, an Google, Facebook und andere Big-Tech-Konzerne. Gleichzeitig sinken die Abo-Erträge der Zeitungen. Damit ist das Geschäftsmodell der Presse in Frage gestellt. Die 100 Millionen sind eine kleine Kompensation.

Wieso soll der Staat helfen, wenn ein Geschäftsmodell bröckelt?

Der Staat steht vor der Frage, ob er eine funktionierende Medienlandschaft will. Kommt er zum Schluss, dass es sie nicht braucht, wird der Informationsbedarf zunehmend über die sozialen Medien gedeckt. Die Menschen informieren sich über dubiose Quellen, zum Beispiel über Youtube-Videos, in denen Unwahrheiten, dreiste Lügen und Verschwörungstheorien verbreitet werden, über das Impfen und viele andere Themen. Für den Prozess der Meinungsbildung in der halbdirekten Schweizer Demokratie mit Volksabstimmungen braucht es eine gute Information auf nationaler, kantonaler und lokaler Ebene. Der Staat trifft eine Massnahme gegen die Erosion des Mediensystems – darum geht es beim Medienpaket.

Wie viel Geld bekommt CH Media, wenn die Stimmberechtigten dem Paket zustimmen?

Das Unternehmen erhält zurzeit für seine regionalen Fernsehstationen 14 Millionen Franken. Ohne diesen Beitrag aus dem Splitting der Haushaltsabgabe könnten die Sender nicht überleben. Aus dem neu vorgesehenen Beitrag für die Frühzustellung der Zeitungen bekäme CH Media rund 10 Millionen. Wir haben viele Zeitungen. Das Geld fliesst aber nicht in meinen Sack.

Sondern?

Unsere Zustellungsorganisationen bekommen einen Teil der Subventionen und stellen uns eine tiefere Rechnung. Das bedeutet für CH Media eine Einsparung. Davon werden wir rund einen Drittel an die Abonnenten weitergeben – die Abopreise sollten dadurch nicht jedes Jahr massiv steigen. Etwa drei Millionen oder mehr fließen in den Aufbau unserer digitalen Plattformen. Der Rest, weitere rund drei Millionen, wird im Gewinn ausgewiesen, solange wir keinen Verlust machen. Da wir nur einen Drittel davon ausschütten – die andern zwei Drittel werden reinvestiert oder als Reserve behalten –, fliesst nach unserem Rechenbeispiel rund eine Million den Aktionären zu, je 50 Prozent der NZZ und den AZ Medien. Bei Letzteren, wo ich zuständig bin, wird das Geld in Projekte investiert.

CH Media und andere Medienhäuser schreiben satte Gewinne. Warum soll der Bund Unternehmen unterstützen, die profitabel sind?

Die Frage ist berechtigt. Aber wo entstehen denn die Gewinne? Bei Ringier und der TX Group sind es vor allem die digitalen Plattformen, die mit den Medien im engeren Sinn nichts zu tun haben. CH Media ist profitabel unterwegs bei den Zeitungen, aber nur, weil wir dank dem Joint Venture mit der NZZ



«Eine Demokratie braucht Medien, die sich der Wahrheitsfindung verpflichtet fühlen»: Peter Wanner, Präsident von CH Media und der AZ Medien, in der Druckerei in Aarau. Bild: Karin Hofer/NZZ (23. November 2021)

Synergien nutzen konnten. Die haben wir nun weitgehend umgesetzt. Die Inserate- und Abo-Einnahmen werden aber überall weiter rückläufig sein – das ist leider der Trend. Mittelfristig sind die Aussichten schwierig.

Wie schätzen Sie die Gefahr behördenhafter Berichterstattung in Medien, die staatliche Unterstützung bekommen?

In Österreich hat sich die Regierung mit staatlich bezahlten Inseraten das Wohlwollen von Priesstiteln erkaufte. Das ist verheerend. In der Schweiz haben wir das System der indirekten Presseförderung, die über die verbilligte Zustellung der Zeitungen funktioniert. Sie ist für alle gleich, das heisst wettbewerbsneutral. Der Staat kann damit keinen Einfluss auf die Medien nehmen. Die Un-

abhängigkeit der Redaktionen ist gewährleistet. Kritisch würde es meiner Meinung nach, wenn die Medienförderung vom Bund an die Kantone überginge. Die Kantonsregierungen sind viel näher an den einzelnen Medien.

Ringier-Chef Marc Walder wies die Redaktionen seines Unternehmens an, sie sollen den Bundesrat in der Coronakrise unterstützen. Was halten Sie davon?

Nichts. Das war gut gemeint, aber falsch gesagt. Aufgabe der Medien ist es nicht, eine Regierung zu unterstützen. Das ist Sache der PR- und Kommunikationsabteilungen, die sie unterhält. In einer Demokratie ist es vielmehr Aufgabe der Medien, eine kritische Wächter-Funktion wahrzunehmen. Die Medien müssen den Mächtigen in Poli-

tik und Wirtschaft auf die Finger schauen und ihre Handlungen und Entscheidungen kritisch analysieren.

Bürgerliche Politiker wie FDP-Ständerat Ruedi Noser haben keine Einwände gegen die staatlich verbilligte Zustellung der Zeitungen. Aber sie halten die direkte Subventionierung von Online-Redaktionen für eine Todsünde.

Wir sprechen hier von 30 Millionen Franken, die sich auf sehr viele Portale verteilen werden; es bekommen viele wenig. Man hätte sich sicher auch ein anderes Modell für die Verteilung vorstellen können, aber ich glaube nicht, dass der Bund auf den Inhalt der Online-Medien Einfluss nehmen kann. Die Kriterien sind für alle gleich: Wer Abonnenten hat, erhält Geld. Dass man die verbilligte Zeitungszustellung verbunden hat mit der Förderung von Online-Portalen, entspricht einem breiten politischen Kompromiss.

Die Gegner der Vorlage bestreiten, dass kleine und mittelgroße Verlage ohne dieses Medienpaket in ihrer Existenz bedroht sind.

Die kleinen Medienhäuser haben vor allem im Online-Bereich ein Problem. Sie schaffen es nicht, hier Investitionen zu tätigen, Reichweite aufzubauen und Inserenten zu gewinnen. Einige von ihnen sind sehr wohl in ihrer Existenz bedroht, wenn sie bei der digitalen Transformation keine Hilfe erhalten.

Vom Medienpaket profitieren vor allem gedruckte Zeitungen. Wird hier nicht Strukturerehaltung betrieben?

Das ist so. Es ist wie in der Landwirtschaft. Sehr viele Bauernbetriebe in der Schweiz würden ohne staatliche Hilfe eingehen. Bei den Zeitungen ist es ähnlich, denn der Druck und der Vertrieb

Peter Wanner

Peter Wanner ist Verleger und Verwaltungsratspräsident von CH Media sowie der AZ Medien. CH Media ist ein Joint Venture, an dem die AZ Medien und die NZZ mit je 50 Prozent beteiligt sind. Wanner studierte Politikwissenschaften in Berlin und Paris sowie Politische Philosophie und Schweizer Geschichte in Basel. Seine Laufbahn in den Medien begann er beim «Badener Tagblatt».

der Zeitungen sind teuer. Will man, dass Zeitungen nur noch ein- bis zweimal pro Woche erscheinen oder dass sie ganz verschwinden? Das wäre schlecht, denn viele Menschen wollen sich nach wie vor aus der gedruckten Zeitung informieren.

Medienministerin Simonetta Sommaruga hat darauf hingewiesen, dass das Parlament das Medienpaket verdoppelt hat verglichen mit dem Vorschlag des Bundesrats. Ist das Parlament zu weit gegangen?

Bundesrätin Sommaruga wollte eigentlich nur das Digitalgesetz. Entscheidend für die grossen Medienunternehmen ist aber die Unterstützung für die Frühzustellung der Zeitungen. Darum sind hier 40 Millionen hinzugekommen. Aus meiner Sicht sind sie richtig eingesetzt, denn so erfahren die Zeitungen eine echte Unterstützung, ohne dass der Staat ihren Inhalt beeinflussen könnte. Dass die Mitgliedschaftspresse zusätzlich gefördert wird, halte ich hingegen für fragwürdig. Bei einem solchen Paket muss man nicht allen Teilen ganz zustimmen. Entscheidend ist: Stimmt die Stossrichtung oder nicht?

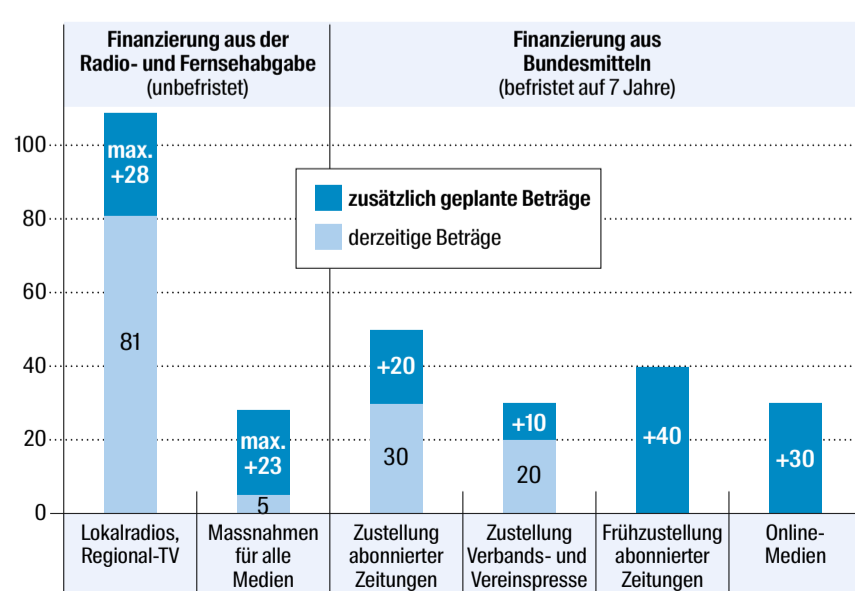
Sollten sich die Schweizer Verlage nicht besser darauf konzentrieren, im Rahmen des Urheberrechts Geld von den Tech-Konzernen wie Google und Facebook einzuziehen?

Das sogenannte Leistungsschutzrecht ist dringend nötig. Die Online-Giganten müssen für die Inhalte bezahlen, die sie von den Schweizer Verlagen übernehmen. Die EU ist hier vorangegangen, und Deutschland hat nun bereits ein entsprechendes Gesetz. Bis es in der Schweiz so weit ist, dürfte es vier bis fünf Jahre dauern. Danach werden Verhandlungen über die konkreten Beiträge folgen, die Google und Facebook zu entrichten haben. Wir sprechen von einem Zeitraum von insgesamt rund sieben Jahren. Auch das Medienpaket des Bundes ist auf sieben Jahre angelegt. Bringt man in der Schweiz ein Leistungsschutzrecht zustande, könnte ein neues Medienpaket in Teilen reduziert werden. Mir scheint, dass das eine gute Perspektive ist.

Sollte das Paket im Februar abgelehnt werden – was bedeutet das für die Schweizer Medienunternehmen?

Dann werden die Zeitungen früher sterben, oder sie werden ihre Erscheinungsfrequenz reduzieren. Mehrere kleinere Zeitungsverlage werden nicht überleben. Die Medienkonzentration wird fortschreiten, die Medienvielfalt wird weiter abnehmen. Bundesrätin Sommaruga sagt: «Medien sind die Lebensversicherung der direkten Demokratie.» Das trifft zu. Eine Demokratie braucht Medien, die sich der Wahrheitsfindung verpflichtet fühlen. Sogenannt soziale Medien, die darauf abzielen, mit ihren Verdrehungen Menschen zu verunsichern oder aufzuhetzen, gibt es schon genug.

Unterstützung zugunsten der Medien in Millionen Franken



Quelle: UVEK / Grafik: moy